



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

† †: Von der preußischen Grenze.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Ausbildung, als daß sie die nöthigen Bewegungen nach dem Reglement auszuführen verstehen. — Die Milizen müssen von den Grafschaften gestellt werden, wie wir schon sagten, doch findet auch hier eine Art des Loskaufens statt, und zwar kann sich ein junger Mann gegen Zahlung von 10 Livres Sterling von diesem Dienst befreien. Ihre Anzahl ist sehr bedeutend und mag 200,000 Mann erreichen, die aber der Hauptsache nach erst kurz vor oder während eines Krieges einberufen werden, wo die Zeit fehlen wird, sie gehörig zu exerciren und mit den verschiedenen Pflichten eines Soldaten bekannt zu machen. Sie werden mehr oder weniger immer ein Heer von Rekruten sein, das von mehr als mittelmäßigen Offizieren befehligt wird. Man darf wol annehmen, daß es unter Zeit von vier Wochen unmöglich sein wird, diese Milizen so einzuüben und so zu concentriren, daß man sie gegen den Feind führen kann. Was kann aber in derselben Zeit nicht alles verloren gehen? — Der Feind wird festen Fuß gefaßt und sich verstärkt haben, er wird auf die Depot- und Sammelplätze der Milizen losgehen, die, da sie nicht befestigt sind, keinen bedeutenden Widerstand zu leisten vermögen, und wird letztere auseinander-treiben. Hieraus geht hervor, daß England gar sehr nöthig hat, ein kampfbereites starkes Heer im Mutterlande zu halten. Die Zeiten sind vorüber, wo man an die Unüberwindlichkeit seiner Heere und Flotten glaubte, und es wird wohlthun, sich in deren gegenwärtigem Zustand nicht allzusehr auf sie zu verlassen. England stellt sich die Möglichkeit einer Invasion nicht ernst genug vor; hin und wieder hat es wol eine dunkle Ahnung davon, und man kann nur wünschen, daß es zum klaren Erkennen seiner Lage komme, ehe es zu spät ist.

v. Tr.

Von der preussischen Grenze.

Was in den letzten Wochen in Berlin vorgefallen ist, wird einem künftigen Geschichtschreiber einen interessanten Stoff bieten, und vielleicht ist die Zeit nicht fern, die eine solche Geschichtschreibung möglich macht. Vorläufig begnügen wir uns, die Resultate festzustellen, die im Wesentlichen einen erfreulichen Eindruck machen. In der Regentschaftsfrage hat man sich nach langem Sträuben entschlossen, auf den Weg der Verfassung einzulenken, der diesmal auch der Weg der natürlichen Logik ist. Ob in dem genügenden Umfang, das werden die nächsten Tage lehren; wenigstens hat man sich zu der Einsicht durchgearbeitet, daß eine Monarchie eines wirklichen Regenten bedarf, daß zwei Regenten nebeneinander ein Unding sind, und daß es für Preußen, wenn es nicht seine Selbstständigkeit einbüßen will, die höchste Zeit

ist, eine unabhängige Regierungsgewalt zu constituiren. Ein noch wichtigeres Resultat haben die Confiscationen der liberalen Blätter hervorgebracht. Die Justiz hat sich endlich ermannt, der Polizei, die um des „allgemeinen Besten“ willen sich unter Umständen der bestehenden Gesetze überheben zu können glaubte, eine ernste Mahnung zuzurufen, und da diese Mahnung von günstigem Erfolg begleitet ist, so dürfen wir hoffen, daß auch hier, wo es am dringendsten nöthig war, der Weg des Rechts wieder wird betreten werden. Aber diese Hoffnung darf uns nicht einschläfern, sie muß uns vielmehr auffordern, alle Kräfte aufzubieten, um für die ununterbrochne Fortdauer des Rechtszustandes sichere Garantien zu gewinnen. Das Wichtigste sind die bevorstehenden Landtagswahlen.

Die Nationalzeitung bringt ein Programm, in welchem sie erklärt, „den besten und sichersten Entwicklungsgang unseres öffentlichen Lebens darin zu erblicken, daß die Verfassung kräftig vertheidigt und mit größerem Eifer als bisher aus- und durchgeführt wird.“ Natürlich stehen wir darin mit ihr auf gleichem Boden und billigen noch entschiedener das Schlußwort:

„Die eigenthümliche Aufgabe der nächsten Sitzungen wird eine Reinigung der sittlichen Atmosphäre sein, es wird gelten, den durch eine wüste Reaction verschütteten Quell altpreussischer Gewissenhaftigkeit und Rechtsliebe zu befreien. Auf den zurückgelegten hochtrabenden Zeitraum, wo jeder den Staat retten wollte und sich bei diesen Großthaten von den kleinen Rücksichten auf seine rechtlichen Schranken entbunden hielt, muß das schlichtere Lösungswort folgen, daß es um den Staat nur gut bestellt ist, wenn jedermann an seinem Orte das Recht zu üben sich bemüht und sich bescheidet. Zu verbannen ist die Willkür aller Staatskünstler und Gaukler, auf welchem Felde immer sie sich niedergelassen haben; wieder herzustellen und gegen Uebergriffe zu schützen ist die persönliche Freiheit, die Selbstständigkeit der Gerichte und aller Verwaltungsbehörden. Die Abgeordneten, die jetzt zu wählen sind, haben ihre ganz besondere Aufgabe. Die Wähler brauchen nicht zu wissen, ob künftig Herr v. K. oder Herr v. B. Minister des Innern sein wird und ob ihre Vertreter sich zu des Herrn Ministers Anhängern oder Gegnern setzen sollen. Sie mögen nur Männer wählen, welche das Ende jeder Willkür wollen, und das Weitere der Zukunft überlassen.“ — Wir können diesen Wünschen um so unbefangener beipflichten, da wir sie vor einiger Zeit bereits selber ausgesprochen haben.

Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erörtert nun die Nationalzeitung die Frage, inwieweit sie ihren politischen Freunden, der demokratischen Partei, rathen soll, Candidaten der constitutionellen Partei zu unterstützen. Die Frage hätte vielleicht in einem schicklicheren Ton erörtert werden können, indeß soll uns das nicht anfechten, da wir in den praktischen Resultaten übereinstimmen. In der That hat die constitutionelle Partei meistens die Neigung, zu vermitteln, auch da, wo eine Vermittlung nicht möglich ist: es liegt das nicht bloß in dem Charakter der zufälligen Vertreter dieser Partei, sondern in der Natur der Bildungsschicht, aus der sie hervorgegangen ist. Zwar glauben wir — und darin weichen wir von der Nationalzeitung ab — daß es Entwicklungsperioden gibt, wo die Politik der Transaction die allein richtige ist, wo es darauf ankommt, den Strom der augenblicklich herrschenden Richtung über sich hinbrausen zu lassen, damit nicht das Ganze aus den Fugen gehe; aber wir theilen die Ueberzeugung der Nationalzeitung, daß die gegenwärtige

Periode nicht in diese Kategorie fällt, daß vermittelnde Naturen in die gegenwärtige Session nicht gehören, daß es vielmehr darauf ankommt, Männer zu finden, die mit unbeugsamem Willen das Unrecht überall aufdecken und für seine Beseitigung sorgen.

Wenn wir nun unsrerseits unsern politischen Freunden, der constitutionellen Partei, einen Rath ertheilen sollen, inwieweit Candidaten der demokratischen Partei zu unterstützen sind, so wäre es folgender. Haben die Constitutionellen die Neigung, zu viel Rücksichten nach Oben zu nehmen, so haben die Demokraten die ebenso bedenkliche, Rücksichten nach Unten zu nehmen. Sie haben, verleitet von dem Dogma der Volkssouveränität, nicht selten den Willen des Volks über das Gesetz gestellt, sie haben diesen Willen in dem Geschrei wüster Pöbelmassen gesucht und die Barrikade als eine Rechtsquelle behandelt. In der übertriebenen Empfindung ihres Gegensatzes gegen die bestehenden Zustände haben sie eine organische regelmäßige Entwicklung für unmöglich gehalten und das Mittel des Fortschritts ausschließlich in Revolutionen gesucht, während doch nach der Erfahrung aller Zeiten jeder Revolution, weil sie in ihren Sprüngen der Natur voreilt, einen natürlichen Rückschlag herbeiführt, der das Volk weiter zurückdrängt, als es anfangs stand. Wenn wir in Preußen auch im Ganzen weniger erlitten haben, als wir hätten erleiden können, so hat doch die Nationalzeitung selbst das ganz richtige Gefühl, daß unrecht Gut nicht gedeiht, da sie im Gegensatz gegen die gegenwärtigen Zustände, die Früchte der Revolution, fortwährend das altpreussische d. h. vormärzliche Rechtsbewußtsein hervorhebt. Noch auf eins müssen wir hinweisen, was freilich nur den kleinern Theil der Demokratie trifft, der in der Wuth des Nivellirens zuweilen alles preussische Gefühl verleugnete und über die Herabdrückung dieses Staats wol gar eine tückische Schadenfreude empfand: Belege finden sich nicht blos in der Paulskirche, sondern auch in der berliner „Reform“ und ähnlichen Zeitschriften.

Demokratische Candidaten hat man also (nach dem Ausdruck der Nationalzeitung) zunächst „aufs Korn zu nehmen“, ob sie sich auch von diesen schlechten Neigungen völlig losagen; wo nicht, so kann ihnen ein Constitutioneller seine Stimme nicht geben. Wenn sie sich dagegen dem Programm der Nationalzeitung anschließen, wenn sie auf dem Boden der Verfassung und in dem Geist derselben jeder Willkür rücksichtslos entgegenzutreten verheissen, und wenn ihr Charakter diese Verheissung verbürgt, so verdienen sie die Unterstützung aller Freunde des Vaterlandes, gleichviel welchen Namen sie der Partei geben, die sie zu vertreten gedenken.

Literatur.

Neue Dramen. — Brachvogel, der mit seinem Narcisß eine so außerordentliche Wirkung auf die Bühne ausübt, erscheint mit einem neuen Trauerspiel vor dem Publicum: Adelbert vom Babenberge (Leipzig, Costenoble); es ist kein Fort-